

Pressemitteilung 026/ 2010

18.01.2010

Marcel Braumann, Pressesprecher

Umwelt

Tel.: 0351 - 4935823

Handy: 0171 - 8983985

LINKE will unabhängigen Klimaschutzbeirat für Sachsen

Fax: 0351 - 4960384

Pinka / Runge: LINKE will Klimaschutzbeirat für Sachsen

DIE LINKE fordert die Einrichtung eines unabhängigen „Klimaschutzbeirates Sachsen“: http://linksfraktionsachsen.de/media/directory/uploads/701_AK5_EinrichtungKlimaschutzRatSachsen.pdf. Darüber entscheidet am Mittwoch der Sächsische Landtag. Dazu erklärt die **stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Jana Pinka**:

Zwischen Weihnachten und Neujahr verkündete Sachsens FDP-Wirtschaftsminister Morlok einen Stopp für Anträge auf Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien durch die Sächsische Aufbaubank (SAB), von dem u. a. Solarkollektor-, Erdwärme-, Biogasanlagen, Pflanzenöl-Blockheizkraftwerke und Pelletkessel betroffen sind. Und das, obwohl zwischen 2007 und 2009 von den 38,3 Mio. Euro, die aus dem Förderprogramm „Energie und Klimaschutz“ zur Verfügung standen, nur 16 Mio. Euro bei der SAB abgerufen und weitere 5 Mio. Euro für die Folgejahre beantragt wurden. Mit dieser Stolperstein-Politik wird das Ziel des Koalitionsvertrags, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch bis 2020 auf mindestens 24 Prozent zu erhöhen, nie erreicht, obwohl es ohnehin hinter der bundesweiten Zielmarke von 30 Prozent zurückbleibt.

Auch dass Hand an die kommunalen Baumschutzverordnungen gelegt und das Fällen großer Bäume erleichtert werden soll, ist ein Beitrag zur Klimaverschlechterung. Man sieht an diesen Beispielen: Die Politik bedarf der Beratung durch einen regierungsunabhängigen, sachverständigen Klimaschutzbeirat Sachsen. Ein ähnlich ausgerichtetes Beratungsgremium gibt es in Brandenburg seit 2007 unter dem Namen „Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz“. Wie dieser sollte der sächsische Klimaschutzbeirat seine Arbeitsergebnisse durch Gutachten und auf Konferenzen veröffentlichen und mit allen in der Region Beteiligten diskutieren und vor allem die Landesregierung beraten.

Die **energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin Dr. Monika Runge** führt aus:

Gerade weil der Klima-Gipfel in Kopenhagen faktisch gescheitert ist, kommt nun umso mehr den einzelnen Regionen die Aufgaben zu, ihre Verantwortung für das globale Klima aktiv wahrzunehmen und zu handeln. Nach Zahlen des Statistischen Landesamtes von 2006 lag Sachsen mit 12,5 Tonnen Treibhausgasemissionen pro Einwohner und Jahr über dem Bundesdurchschnitt (11,7 Tonnen). Die Strom- und Wärmeherzeugung hatte daran mit 62 Prozent infolge der Nutzung fossiler Energien den größten Anteil. Die zur Koordinierung der im Aktionsplan „Klima und Energie“ beschlossenen Maßnahmen gebildete interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) unterliegt Konflikten zwischen dem CDU-geführten Umweltministerium und dem FDP-geführten

Wirtschaftsministerium. Siehe Antragsstopp für Fördermaßnahmen im Rahmen des Programms „Klima und Energie“.

Auch das 2009 ins Leben gerufene „Klima-Netzwerk Sachsen“ besteht aus Vertretern von Fachbehörden, Staatsbetrieben, Hochschulen und Forschungsinstituten und damit zur Hälfte aus Vertretern nachgeordneter Behörden des Freistaates. Wir aber wollen mit einem Klimaschutzbeirat analog zum Sachverständigenrat für Umweltfragen bei der Bundesregierung ein von Ministerien unabhängiges Gremium, das die Verwaltung bei der Umsetzung des Aktionsplanes „Klima und Energie“ kritisch begleitet.

Ein Hintergrundpapier des Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zu den im vergangenen Jahr beschlossenen CO₂-Reduktionszielen zeigt, dass eine unabhängige Begleitung der staatlichen Vorhaben unverzichtbar ist. Denn der gesamte Anteil der Braunkohleverstromung wird als Sektor, der dem Emissionshandel unterliegt, bei sämtlichen Reduktionsvorhaben von der Staatsregierung vollständig ausgeklammert. Ja sogar der wachsende CO₂-Ausstoß mit Inbetriebnahme von Boxberg IV 2011 um 4,25 Millionen Tonnen jährlich wird einfach ignoriert. Wir dagegen wollen einen Anteil von 40 Prozent der erneuerbaren Energien bis 2020. Und dafür den wissenschaftlich-politischen Rückenwind durch einen anerkannten Klimaschutzbeirat!